



„Leistung aus Leidenschaft - Das ist die Art,
wie wir handeln.“ Deutsche Bank

Die Deutsche Bank ist in vielfacher Hinsicht in **Kriege,**
Vertreibungen, Umweltzerstörungen
und Menschenrechtsverletzungen

verstrickt. Sie kooperiert mit Unternehmen, die Bürgerkriegsmilizen unterstützen und betreut die Konten von Diktatoren. Sie finanziert einige der größten Umweltzerstörer weltweit und vergibt Unternehmensanleihen an Produzenten von Kriegsmunition. Sie nutzt ihre Position als größte deutsche Bank, um Geschäfte zu tätigen, die bei anderen Finanzinstitutionen längst auf dem Index stehen.

„Leistung, die Leiden schafft – Das ist die Art,
wie die Deutsche Bank handelt.“ urgewald





Widerstand gegen Deutsche Bank-Projekt: Demonstranten fordern die Schließung der Freeport Goldmine in Westpapua, Photo: Mast Irhsm/epa/Corbis

Bei der Wahl ihrer Firmenkunden kennt die Deutsche Bank keine Skrupel und stellt auch den schwärzesten Schafen eine Finanzierung bereit. Zu ihren Kunden gehört z.B. das Bergbauunternehmen Freeport, das als Umweltsünder par excellence gilt, oder das chinesische Ölimperium CNPC/PetroChina, das für Menschenrechtsverletzungen im Sudan mitverantwortlich ist. Statt „in allen Geschäftsbereichen Erstklassiges zu leisten“, hinkt die Deutsche Bank in punkto verantwortliche Geschäftspraktiken weit hinter der Konkurrenz her.

Dabei hat kein anderes deutsches Bankenhaus seit Beginn der 90er Jahre bereitwillig so viele ökologische und soziale Nachhaltigkeitserklärungen unterzeichnet wie die Deutsche Bank. Alles nur Imagepolitik: Ihre finanziellen Dienstleistungen gewährt sie ohne jede Rücksicht auf ökologische und soziale Verluste. Das vorliegende Dossier fordert vom deutschen Bankenprimus ein radikales Umdenken: Menschenrechts- und Umweltbelange dürfen nicht länger ehrgeizigen ökonomischen Renditezielen geopfert werden.

Falls Sie Kundin oder Kunde der Deutschen Bank sind oder Aktien des Unternehmens halten, können Sie mithelfen, einen Schlussstrich unter diese unverantwortlichen Geschäftspraktiken zu ziehen. Werden Sie aktiv und schicken Sie die Protestpostkarte am Ende dieses Dossiers noch heute ab. Machen Sie Herrn Ackermann klar, dass die Kunden und Kundinnen seiner Bank einen grundlegenden Wandel wollen – zu einer Geschäftsbank mit Gewissen und praktizierten Grundsätzen statt leeren Worten und schlimmen Taten.



“Der Verkauf der Aktienanteile an PetroChina durch das Europäische Parlament sendet ein klares Signal an die Firmen, die immer noch Beziehungen zu einem Regime unterhalten, das so wenig tut, um die Gewalt in Darfur zu beenden.“

(Glenys Kinnock, Mitglied des Europäischen Parlaments, 2008)



Deutsche Bank

Kredite für Kriegstreiber

In der DR Kongo und im Sudan finanziert die Deutsche Bank Firmen, die über Leichen gehen.

Der multinationale Bergbaukonzern AngloGold Ashanti war langjähriger Partner von Bürgerkriegsmilizen im Nordosten der Demokratischen Republik Kongo. Das chinesische Ölkonglomerat CNPC/Petrochina fördert blutiges Erdöl in der sudanesischen Krisenprovinz Darfur. Bei der Deutschen Bank sind diese Unternehmen willkommene Geschäftspartner.

Andere Finanzinstitutionen zeigen mehr Gewissen. So lehnt die britische Bank Barclays Finanzaktivitäten in Ländern ab, gegen die UN-Sanktionen wirksam sind. Ebenso macht Barclays keine Geschäfte mit Firmen, die in diesen Ländern aktiv werden wollen.

Von solchen Schritten ist die Deutsche Bank weit entfernt: Sie kooperiert mit Firmen, die Bürgerkriege anheizen und als Auftraggeber brutaler Sicherheitskräfte bekannt sind. Sie finanziert Konzerne, denen Komplizenschaft bei Massenvertreibungen und Terror gegen die Zivilbevölkerung vorgeworfen wird. Sie stört sich weder an Embargos der UN noch an dokumentierten Menschenrechtsverletzungen.

Kämpfer in Darfur,
Photo: www.indybay.org





AngloGold Ashanti geht über Leichen

Im Nordosten der DR Kongo werden die größten Goldreserven der Welt vermutet. Sie spielten eine entscheidende Rolle für den Bürgerkrieg in der Region. Blutige Kämpfe zwischen konkurrierenden Milizen um die Vorherrschaft in der Bergbaustadt Mongbwalu führten zwischen Juni 2002 und September 2004 zum Tod von mehr als 2.000 Menschen. Es kam zu Plünderungen, Massenvertreibungen und systematischen Menschenrechtsverletzungen. Ungeachtet der laufenden Kämpfe bereitete das multinationale Unternehmen AngloGold Ashanti im unmittelbaren Konfliktgebiet die Förderung von Gold vor – und konnte dabei mit der Unterstützung der Deutschen Bank rechnen.

Hand in Hand mit den Milizen

Die Stadt Mongbwalu stand damals unter der Kontrolle der FNI (Front des Nationalistes et Intégrationistes), einer für zahlreiche Kriegsverbrechen verantwortlichen Miliz. Ihr selbsternannter Präsident Floribert Niabu rühmte sich in einem Interview damit, dem Konzern die Erlaubnis zum Abbau des Goldes erteilt zu haben: “Die Regierung kommt nie nach Mongbwalu. Ich habe Ashanti die Erlaubnis erteilt, hier tätig zu werden. Ich bin der Boss von Mongbwalu.“ Im Gegenzug habe sich AngloGold Ashanti zur Zahlung von Geldern bereit erklärt.

Statt sich aus dem Bürgerkriegsgebiet zurückzuziehen, heizte AngloGold Ashanti durch seine Kooperation mit der FNI den brutalen Bürgerkrieg weiter an und ermöglichte ihr den Kauf weiterer Waffen. Und dies zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die UN und die EU bereits um eine Entwaffnung der Milizen bemühten. So waren z.B. FNI-Massaker der zentrale Auslöser der französisch geführten EU-Militärintervention im Sommer 2003.

Verantwortungslos in langer Tradition

Dass die Deutsche Bank in Ländern Geschäfte macht, in denen Menschenrechte systematisch missachtet werden, hat Tradition. Über Jahre hinweg unterstützte die Deutsche Bank den öffentlichen Sektor des südafrikanischen Apartheidstaats durch beträchtliche Kredite. Sie kooperierte mit einem System, das auf der systematischen Diskriminierung der schwarzen Bevölkerung beruhte. Sie profitierte von der rassistischen Ordnung und machte sich der „ungerechten Bereicherung“ schuldig, wie der Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu 2005 in New York unterstrich. Bis heute rechtfertigt die Deutsche Bank dieses Verhalten und übernimmt keine Verantwortung gegenüber den Opfern der Apartheid.

Als wäre nichts geschehen...

Mittlerweile haben sich die Milizen aus der Region zurückgezogen. AngloGold Ashanti kann ungestört seine Explorationsarbeiten fortsetzen. Wegen der Kooperation mit den Milizen muss das Unternehmen keine Bestrafung fürchten. Auch bei der Deutschen Bank ist AngloGold Ashanti durch sein Verhalten nicht in Misskredit geraten.

Kredit für Kriegstreiber

Noch 2005, zu einem Zeitpunkt, als die verhängnisvollen Aktivitäten von AngloGold Ashanti im Kongo längst bekannt waren, beteiligte sich die Deutsche Bank im Rahmen eines internationalen Bankenkonsortiums an der Finanzierung des Unternehmens. Das Konsortium sicherte AngloGold Ashanti einen 700 Millionen US\$ Rahmenkredit mit einer Laufzeit von drei Jahren zu. Darüber hinaus wickelte die Deutsche Bank in Zusammenarbeit mit der Dresdner Bank und der City Bank Group die Ausgabe von festverzinslichen Wertpapieren im Wert von 1 Mrd. US\$ im Jahr 2004 ab. Diese wurden unter anderem zur Finanzierung des Kaufs des ghanaischen Goldunternehmens Ashanti Goldfields eingesetzt.

Gewalt in Ghana

Auch in Ghana werden AngloGold Ashanti Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen: hier gehen die privaten Sicherheitskräfte des Unternehmens gewaltsam gegen Kleinschürfer vor. Hunderte wurden brutal vertrieben. Über die Medien droht das Management von AngloGold Ashanti mit dem Einsatz des Militärs, falls die Anwohner der Minen auf eigene Faust schürfen oder Zugang zu Ackerland fordern. Die blutige Niederschlagung von friedlichen Demonstrationen der Bevölkerung, bei denen es häufig Tote und Schwerverletzte gab, verdeutlichen, dass Gewalt bei AngloGold Ashanti Programm ist.



Kämpfer im Sudan,
Photo: Mia Farrow

„Die Ausbeutung der natürlichen Reichtümer der DR Kongo durch ausländische Milizen ist zum System geworden [...]. Zahlreiche private Unternehmen waren involviert und haben den Krieg unmittelbar angeheizt, indem sie die Rohstoffe mit Waffen bezahlten.“ (Ehemaliger UN-Generalsekretär Kofi Annan, April 2001)

CNPC/PetroChina: blutiges Erdöl aus dem Sudan

Bereits ihr erster Börsentag katapultierte die chinesische Ölgesellschaft PetroChina, Tochterfirma von CNPC (Chinese National Petroleum Corporation), auf den Rang des wertvollsten Unternehmens weltweit. Ein Grund zur Freude ist das nur, wenn man die Augen vor den blutigen Geschäften dieser beiden, sehr eng miteinander verwobenen und voneinander abhängigen Unternehmen verschließt: Denn CNPC/PetroChina erreicht seine guten Bilanzen u.a. durch Geschäfte mit dem sudanesischen Regime, das für die vermutlich größte humanitäre Katastrophe des beginnenden 21. Jahrhunderts verantwortlich ist. Mit im Spiel: Geld der Deutschen Bank.

Größter Haushaltsposten: Waffen

Ca. 70 Prozent der Einnahmen der sudanesischen Regierung fließen in Militärausstattung und die Bewaffnung arabischer Reitermilizen, die seit Jahren schwere Menschenrechtsverletzungen gegen die Zivilbevölkerung in Darfur begehen. Bis zu 300.000 Menschen hat der Krieg bislang das Leben gekostet, über 2 Millionen leben als Flüchtlinge unter miserablen Bedingungen in den angrenzenden Ländern.

Partner der Diktatur

Die sudanesische Regierung finanziert ihren Krieg in Darfur vor allem durch den Verkauf von Erdöl, das zum größten Teil von

PetroChinas Mutterkonzern CNPC gefördert wird. Für die Menschenrechtsgruppe Sudan Divestment Task Force, die sich für den gezielten Abzug von Investitionen aus der Region einsetzt, zählen CNPC und PetroChina deshalb zu den „größten Missetätern“ im Krieg in Darfur.

Finanziert von der Deutschen Bank
CNPC/PetroChina verschließt vor den Kriegstoten und den vielen Tausenden Vertriebenen in Darfur die Augen. Für den Ölgiganten zählt allein der Zugriff auf das Öl und trotz internationaler Kritik und Ächtung ist er nicht bereit, auf das Sudan-Geschäft zu verzichten. Ebenso die Deutsche Bank: Sie beteiligte sich im September 2005 maßgeblich an der Ausgabe von Wertpapieren in Höhe von 2,4 Mrd. US\$ für PetroChina.

Viele andere Institutionen brachen dagegen ihre geschäftlichen Beziehungen zu CNPC/PetroChina ab. So entschloss sich PGGM, einer der größten Pensionsfonds der Niederlande, im Januar 2008 seine Anteile an PetroChina aus Menschenrechtsgründen abzustoßen. Im März 2008 verkaufte auch der Rentenfonds des Europäischen Parlaments seine Beteiligungen an PetroChina.

Zum Weiterlesen:

AngloGold Ashanti geht über Leichen

- Erklärung von Bern: Ihre Bank ist auch eine Kohlemine, Zürich 2006
- Netzwerk Vlaanderen/Bank Track: Bank Secrets, Brüssel 2007
- Fian Deutschland: Die dunkle Seite des Goldes. Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen, 2007, www.fian.de
- Fian International: Universal Periodic Review (Ghana). Human Rights violations in the context of large scale mining operations, Mai 2008 <http://www.fian.org/resources/documents/others/mining-related-human-rights-violations-ghana/pdf>

CNPC/PetroChina: blutiges Erdöl aus dem Sudan

- Jan Willem van Gelder: German Financial Institutions and Oil and Gas in Africa and the former Soviet Union. Profundo economic research, 2007
- Sudan Divestment Taskforce: <http://www.sudandivestment.org/home.asp>
- BankTrack: Genocide in Darfur. No business with death, <http://www.banktrack.org/?show=news&id=128>